

-) C. Voigt

19.07.08 DS

Bayerisches Staatsministerium  
der Finanzen



STAATSMINISTER

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen · Postfach 22 00 03 · 80535 München

Herrn  
Fritz Schösser  
Bezirksvorsitzender des Deutschen Gewerk-  
schaftsbundes Bezirk Bayern  
Schwanthalerstraße 64  
80336 München

Telefon  
089 2306-2251

Telefax  
089 2306-2802

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
28.04.2008

Bitte bei Antwort angeben  
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
23/21-P 1502/1-026-18882/08

Datum

7. Juli 2008

**Arbeitszeit und Besoldungsanpassung  
der bayerischen Beamtinnen und Beamten**

Sehr geehrter Herr Schösser,

für Ihr Schreiben vom 28. April 2008, mit dem Sie sich für eine Rücknahme der 42-Stunden-Woche und eine weitere Besoldungserhöhung für die bayerischen Beamtinnen und Beamten einsetzen, danke ich Ihnen.

Mit der Verlängerung der Arbeitszeit und anderen Einschränkungen leisten die Beamten zusammen mit vielen anderen Gruppen in unserer Gesellschaft, denen ebenfalls spürbare Opfer abverlangt werden mussten, einen wichtigen und nach wie vor unverzichtbaren Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Ich bin mir dieser zusätzlichen Belastung der bayerischen Beamtinnen und Beamten bewusst.

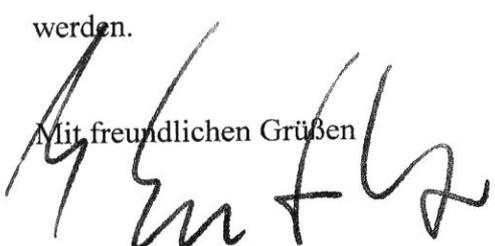
Eine Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für Beamte würde jedoch zu erheblichen Mehrkosten führen, die derzeit trotz der günstigen Situation bei den Steuereinnahmen nicht finanzierbar wären. Ferner darf man nicht außer acht lassen, dass die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung den Ausfall einer Personalkapazität von rund 5.000 Stellen zur Folge hätte – vor allem im Schulbereich. Gerade dort bestehen aber gegenwärtig erhebliche Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Nachwuchskräften. Die notwendige Kapazität könnte deshalb nicht gedeckt und somit die Unterrichtsversorgung gefährdet werden.

In der Höhe der Besoldung sind die bayerischen Beamtinnen und Beamten nach wie vor besser gestellt als die Kolleginnen und Kollegen beim Bund. Der bayerische Gesetzgeber hat nach Einmalzahlungen in 2006 und 2007 bereits zum 1. Oktober 2007 die Bezüge seiner Beamtinnen und Beamten um 3 % und den Familienszuschlag um zusätzliche 50 € für das dritte und jedes weitere Kind erhöht. Damit hat Bayern das Tarifergebnis auf Länderebene für 2008 auf seine Beamtinnen und Beamten drei Monate früher und zu verbesserten Konditionen übertragen.

Auf Grund der in Bayern deutlich höheren Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) im Vergleich zum Bund (Bund: 30% eines Monatsgehalts, Bayern: 70% bzw. 65% eines Monatsgehalts für aktive Beamte) liegen die bayerischen Beamtinnen und Beamten im Jahr 2008 in den Gesamtjahresbezügen immer noch vor den Bundesbeamten.

Für Bayern ist die Kompetenz, besoldungs- und versorgungsrechtliche Fragen vom Bund unabhängig regeln zu können, eine Chance auch zum Vorteil seiner Beamtinnen und Beamten. So arbeiten wir derzeit an der Gestaltung eines neuen bayerischen Dienstrechts. Dies wird einige Zeit in Anspruch nehmen, die ersten Schritte zur Umsetzung werden wir aber bereits nächstes Jahr ergreifen: mein Ziel ist es, schon im Doppelhaushalt 2009/2010 im Vorgriff auf das neue Dienstrecht 10.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für alle Beamtinnen und Beamten im Schulbereich und den übrigen Bereichen zur Verfügung zu stellen. Wenn alle Maßnahmen getroffen sind, nimmt Bayern für seine Beamtinnen und Beamten zusätzlich 240 Millionen Euro pro Jahr in die Hand. Kein anderes Land tut in diesem Bereich ähnlich viel wie Bayern. Die Frage einer weiteren Besoldungsanpassung aber kann erst nach der Lohnrunde im Arbeitnehmerbereich für das Jahr 2009 beantwortet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Erwin Huber